

MICHAEL NELKEN

Schwierigkeiten einer Emanzipation vom Stalinismus. Zur Stalinismusdebatte in der PDS

*Stalinismusdebatte in der PDS -
Politikbestimmung und ideologische Identität*

Wer sich mit der Stalinismus-Debatte in der PDS auseinandersetzt, sollte nicht aus den Augen verlieren, daß es sich hierbei um eine Parteidebatte handelt. So ist die Kritik oder Klage, sie werde nicht wissenschaftlich geführt, im Grunde desorientierend oder mitunter selbst schon nur ideologische Attitüde. Eine Partei ist kein wissenschaftliches Seminar und eine Parteidebatte kein erkenntnisorientierter Theoriediskurs. Nein, die Stalinismus-Diskussion in der PDS hatte von Beginn an primär einen ideologischen Charakter und eine politische Funktion. Es ging und geht um geschichtliche Identität, ideologische Standortbestimmung und aktuelle wie zukünftige Politikorientierung.

Aus der Feststellung, daß die Stalinismus-Debatte in der PDS primär durch Ideologie und Politik bestimmt war und ist, folgt allerdings nicht, daß sie keine geschichtswissenschaftlichen, soziologischen oder politiktheoretischen Erkenntnisse beinhalten könne, sondern nur, daß dies nicht ihre eigentliche Funktion ist, und daß deshalb ihr Verlauf und ihre Dynamik anderen Regeln folgt als denen des wissenschaftlichen Diskurses. So wäre es auch verfehlt, wollte man den Verlauf dieser Debatte am Streit um die Begrifflichkeit Stalinismus verfolgen. Die Stalinismus-Diskussion in der PDS umfaßt - selbst in der engeren Geschichtsdebatte - vielschichtige Diskurse, wie z.B. die Debatte um Unrechtsstaat und Legitimität, die »Stasi«-Debatte oder die Programmdiskussion. Ihr Verlauf wurde und wird nicht von einem wie auch immer gearteten Fortschreiten in der Erkenntnis bestimmt, sondern einerseits von äußeren gesellschaftlichen Druckwellen gegen die PDS und andererseits von den Aufwallungen innerer politischer und geistiger Richtungskämpfe.

*Kursorisches zum Verlauf der Stalinismus-Debatte in der PDS
(1989 bis 1995)*

Eine differenzierte und detaillierte Chronologie findet sich in den Arbeiten von W. Hedler und H. Helas, die Verlauf und Ergebnisse der Stalinismus-Debatte in der PDS nachzeichnen.¹ An dieser Stelle sollen nur einige kursorische Betrachtungen zum Verlauf der Debatte vorgestellt werden. Die bisherige Stalinismus-Debatte in der PDS teilt sich m.E. - auf Grund ihres primär politisch-ideologischen Charakters - in drei Etappen ein:

Michail Nelken – Jg. 1952,
Dr. phil., Mitglied des Abgeordneten-
hauses von Berlin.

1 H. Helas: PDS und Stalinismus. Ein Beitrag zur Rekonstruktion einer wissenschaftlich-politischen Debatte. Manuskriptdruck. Hrsg.

von der Historischen Kommission der PDS, Berlin 1995; W. Hedeler: Über erkenntnistheoretische Schranken und andere Blockierungen in den Geschichtsdebatten in der PDS, in: Stalinismus. Zur Diskussion eines Begriffs. Manuskriptdruck. Hrsg. W. Gehrcke, Horst Dietzel, Berlin 1993. Siehe auch: M. Schumann: Vor fünf Jahren: »Wir brechen...«. Reminiszzenzen und aktuelle Überlegungen, in: PDS-Presse- und Informationsdienst (PID), 3/95, S. 16ff. W. Hedeler: Vom Gründungskonsens zum geläuterten Stalinismus, in: Disput 20/95, S. 20f.

2 G. Stiehler: Befreiung vom Stalinismus? In: Berliner Zeitung vom 25./26. November 1989.

3 G. Gysi: Referat auf Klausurtagung des PV der PDS am 12./13. Mai 1990, in: ND vom 16. Mai 1990; Thesen (Entwurf) für die Erneuerungskonferenz der PDS am 8./9. September 1990, in: ND vom 17. Juli 1990; Stalinismus in der KPD und SED. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim PV der PDS am 17. und 18. November 1990.

4 K. Höpcke: Zur Eröffnung der Konferenz, in: Stalinismus in der KPD und der SED, a.a.O., S. 5.

Erste Etappe: Bruch mit dem Stalinismus

Der außerordentliche Parteitag der SED proklamierte den Bruch mit dem Stalinismus als System. Die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft dieser anti-stalinistischen Willensbekundung bildete die Grundvoraussetzung für den Versuch, aus der SED heraus eine neue, demokratische sozialistische Partei zu gründen. Dieser Wille prägte den ganzen Parteitag und nicht etwa nur das von Michael Schumann gehaltene Referat zur Auseinandersetzung mit dem autoritären, administrativ-bürokratischen Sozialismus. Wer heute argwöhnt, der Parteitag sei von Gysi, Berghofer, Schumann, Wolf oder sonstwem überrumpelt worden, war offensichtlich nicht nur nicht in der Dynamo-Halle, sondern hat vergessen oder verdrängt, daß der Bruch mit dem Stalinismus, der Kampf für seine Überwindung die mobilisierende Idee der demokratischen Volksbewegung des Herbstes 89 war. Bis weit hinein in die SED war der »Stalinismus« spontan zur zentralen identitätsstiftenden negativen Bezugs- und Orientierungskategorie geworden. Und, »Stalinismus« stand dabei vordergründig nicht für Personenkult, Schauprozesse, Terror und Massenmord in der Sowjetunion während der Stalinära, sondern für das zusammenbrechende politische System der DDR, für Bürokratismus, Zentralismus, Administrieren, Willkür, für fehlende Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ineffektive Kommandowirtschaft, Gängelei des geistig-kulturellen Lebens, für das Fehlen von Pressefreiheit, Redefreiheit, Reisefreiheit usw. Mit dieser Begriffshegemonie des »Stalinismus« verband sich für viele DDR-Bürger - auch für viele Aktivisten der Bürgerbewegung - der Anspruch auf eine Erneuerung der DDR, auf die Demokratisierung des Sozialismus. Mit der »Befreiung vom Stalinismus«, so G. Stiehler in jenen Tagen in der Berliner Zeitung, sei eine tiefgreifende Erneuerung der Gesellschaft, die Errichtung einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaft möglich geworden.²

Der Begriff »Stalinismus« war also die zentrale Achse im Neu- und Selbstfindungsprozeß der PDS - damals übrigens auch noch für die KPF. Hier ein Zitat aus einem Diskussionsangebot der Plattform mit Datum vom 14. Januar 1990, das den Titel »Die Entstalinisierung der Partei« trug: »In der gesellschaftlichen Diskussion wird heute von verschiedenster Seite über den »Stalinismus«, über das »administrativ-zentralistische System« als die Ursache der gesellschaftlichen Krise unseres Landes gesprochen. Das ist natürlich richtig. (Nicht umsonst hatte Kurt Hager noch 1989 den Mitarbeitern der wissenschaftlichen Parteieinrichtungen ausdrücklich den Gebrauch des Wortes Stalinismus untersagt.)«

Im Jahr 1990 (insbesondere nach den Volkskammer- und Kommunalwahlen) nahm die Auseinandersetzung mit den Grundlagen, Quellen und Triebkräften des stalinistischen Realsozialismus in der PDS-Diskussion einen herausragenden Platz ein. Erinnert sei an Gysis Rede auf der Klausurtagung des Parteivorstandes im Mai, an die Thesen zur Erneuerungskonferenz und an die Stalinismuskonferenz Mitte November 1990.³ In seiner Eröffnungsrede betonte Klaus Höpcke, daß der Stalinismuskonferenz eine Schlüsselfunktion in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und damit für die Erneuerung der Partei zukomme.⁴ Diese erste Etappe

des Stalinismus-Diskussion in der PDS dauerte bis in das Frühjahr 1991.

Nur ein Jahr nach der Stalinismuskonferenz konstatierte ich in meinen »Geschichte ohne wenn und aber« getitelten Ausführungen auf dem Geschichtsplenum der 3. Tagung des 2. Parteitages unter teilweise heftigen Protesten aus dem Plenum, daß die Erneuerung der PDS auf Grund der Blockaden in der Auseinandersetzung mit der realsozialistischen Vergangenheit gescheitert sei.⁵ Zwischen diesen beiden Daten hatte ein nachhaltiger nostalgischer bis restaurativer Umschwung in der PDS stattgefunden.

Vor der Behandlung dieser zweiten Etappe sind allerdings noch einige Anmerkungen zur Polemik um den Gründungskonsens der PDS notwendig.

Exkurs: Anti-Stalinismus - ein hegemonialer Gründungskonsens

Trotz der beschriebenen spontanen Dominanz des Stalinismus-Begriffs bzw. des Anti-Stalinismus als Selbstbewußtsein und Orientierung des Aufbruchs 1989, in dessen Kontinuität sich die PDS ja bestimmt, existiert seit Ende 1992 ein merkwürdiger Streit über den »Anti-Stalinismus« als Gründungskonsens der PDS. Während das reform- und modern-sozialistische Parteizentrum die Position des Verteidigers des anti-stalinistischen Gründungskonsens bezieht, sehen die Anhänger des traditionalistischen, orthodox-partei-kommunistischen, rechten Flügels darin, nicht zu Unrecht, den Versuch, sie aus der Partei zu drängen, indem ihnen das Verlassen der Urübereinkunft der Partei vorgeworfen wird. Die so Angegriffenen bestreiten oder relativieren diesen vermeintlichen Gründungskonsens und/oder berufen sich auf das Programm der PDS - allerdings in einer sehr reduktionistischen Deutung.

Kann man aber eigentlich einen Konsens verteidigen? Konsens bedeutet doch allseitige Übereinkunft. Wie soll man eine solche gegen einen Mitträger verteidigen? Nach dem Wortsinn könnte man doch nur die Beendigung eines Konsens feststellen.

Unzweifelhaft war der Bruch mit dem Stalinismus, wie schon ausgeführt, der motivierende und integrierende Leitgedanke der Gründung der PDS aus der SED heraus. Andererseits im engen Wortsinn, als allseitiges Einverständnis, hat es einen anti-stalinistischen Gründungskonsens natürlich nicht gegeben. Die seit 1991 offen auftretenden divergierenden Sichtweisen auf Stalinismus und Realsozialismus waren von Beginn an in der PDS präsent. Doch die anti-stalinistische, demokratisch-sozialistische Reform- und Bruchbereitschaft war anfänglich so groß und die Niederlage des autoritären, bürokratischen, undemokratischen, eben stalinistischen Staatssozialismus so total, daß traditionalistische, orthodoxe Positionen sprachlos oder unhörbar blieben. Man müßte also genauer von einem hegemonialen anti-stalinistischen Gründungskonsens sprechen. Ein hegemonialer Konsens ist aber natürlich logisch ein Widerspruch in sich.

Verteidigt wird also von den »modernen« Reformsozialisten in der Stalinismus-Debatte ihre politisch-geistige Hegemonie in der PDS. Wie andersherum die Attacken gegen den Stalinismus-Begriff auf die Brechung dieser Hegemonie zielen. Da die orthodox-

5 Vgl. PID vom 20. Dezember 1991, S.4ff. oder in: »Geschichte - ja aber ...«. Reihe controvers. Berlin 1993, .35ff.

kommunistische Parteirechte keine wirklich überzeugende alternative Politik anzubieten weiß, hat sie sich das Geschichtsverständnis und die Dogmatik zum Feld ihrer Attacken gegen diese Hegemonie gewählt. Sie setzte bei ihrem Vorstoß 1992 auf die Ernüchterungen durch die Einheitsrealität und eine sich ausbreitende ambivalente DDR-Nostalgie.

Zweite Etappe (1991/92): Der Begriff verschwindet, der Stalinismus »lebt auf«

Der Finanzskandal hatte die sich gerade in der Konsolidierung wählende PDS in eine abermalige schwere Existenzkrise gestoßen, in deren Ergebnis alte Apparaturstrukturen vollends desavouiert worden waren und in einem zweiten Schub meist jüngere PDSler auf eine radikale Erneuerung drängten. Dieser Bewegung standen einerseits die Bemühung führender PDS-Funktionäre und Parlamentarier um eine abermalige Konsolidierung der zerbröselnden Partei und andererseits eine sich allmählich in der Partei ausbreitende ddr-nostalgische Trotzmentalität angesichts westdeutscher »Kolonialisierung« und Totalnegation entgegen. Dies führte zu einem scharfen Konflikt um das politische Profil der PDS, in dem zwei Fragen im Zentrum standen: das Oppositionsverständnis und die Geschichtsaufarbeitung

Auf der 2. Tagung des 2. Parteitages kam es zur Zuspitzung der Debatte. Gysi drohte mit Rücktritt. Das Gespenst der Parteispaltung ging um. Es bildete sich die sogenannte Erneuerungs-Strömung, die massiv gegen die in ihren Augen einsetzende Stagnation der Erneuerung ankämpfte.⁶ Mitglieder der AG Junge GenossInnen ergänzten das über dem Präsidium angebrachte Parteitagmotto »Wer Zukunft will, muß die Gegenwart verändern« um die Worte »und sich der Vergangenheit stellen«. Sie konnten zumindest dem Parteitag einen Zusage abtrotzen, daß die folgende Tagung sich schwerpunktmäßig mit der Geschichtsaufarbeitung beschäftigen würde. Die Partei schien am Scheideweg. Obwohl die Anhänger der »Strömung« die Annahme des Beschlusses zum offenen und öffentlichen Umgang mit der MfS-Vergangenheit gegen erhebliche Widerstände durchsetzen konnten, und obwohl der Parteitag auch ein Statut beschloß, daß aller emsiger Gegenwehr der KPF zum Trotz eine geistige wie strukturelle Absage an den Stalinismus und sein Parteiverständnis darstellte, kann dennoch diese 2. Tagung des 2. Parteitages als eine Art Wendepunkt in der Stalinismus-Debatte bezeichnet werden. Die Schärfe der Auseinandersetzung signalisierte die Wende.

Die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und der Begriff »Stalinismus« verschwanden zusehends aus der Debatte und den Dokumenten der PDS. Stalinismus als System und als Denk- und Verhaltensmuster und seine Überwindung thematisierten nun fast ausschließlich die oppositionellen radikalen Erneuerer und zwar als Vorwurf gegen den Mainstream in der Partei und in der Parteiführung, welche auf diesem surfind versuchte, die Partei zu konsolidieren statt sie umzukrempeln. Von neostalinistischer Restauration, von der Erneuerung der PDS zur poststalinistischen SED war in zahlreichen Papieren der innerparteilichen Oppositi-

6 »Für eine radikale Aufarbeitung der Geschichte und eine konsequente Oppositionspolitik, oder warum wir Strömungen in der PDS für notwendig halten.« So der Titel des von 37 Personen unterzeichneten sogenannten Strömungspapiers, mit dem die »Strömung« sich als innerparteiliche Oppositionsbewegung konstituierte. (siehe ND vom 3. Juli 1991, PDS-Spezial). Auf der gleichen Linie bewegte sich das Dredner Alternative Diskussions-Angebot (DADA). Im Juni und Juli 1991 fanden in Dresden und Berlin zwei DADA-Strömungs-Konferenzen statt, auf denen der Zusammenhang von Blockade der Erneuerung und die Blockade der Geschichtsaufarbeitung thematisiert und Strategien zu deren Durchbrechung diskutiert wurden. (Vgl. PID vom 19. Juli 1991, S. 5ff. und ND

onsströmung die Rede. Die Debatte um die unsicheren Reaktionen des Präsidiums auf den Putschversuch in Moskau vertieften den Konflikt weiter.

Daß der beschlossene Parteitagsschwerpunkt Geschichtsdiskussion schließlich zu einem offenen Geschichtsplenum am Vorabend der 3. Tagung des 2. Parteitages mutierte, kann als symptomatisch betrachtet werden. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte stagnierte, wurde absichtsvoll blockiert, und allenthalben waren restaurative Bewegungen und Bestrebungen unübersehbar.⁷ Und die Parteiführung, verunsichert, durch die Rücktritte von Brie und Gysi in einer ohnehin fragilen Situation, meinte, dem offensichtlichen konservativ-nostalgischen Stimmungsumschwung in der PDS und im ostdeutschen Lande überhaupt Rechnung tragen zu müssen. So wich man auch in der Geschichtsdebatte von den Positionen des Jahres 1990 immer mehr zurück.

Die hier skizzierte Entwicklung war untrennbar verbunden mit Veränderungen im gesellschaftlichen Klima: mit der breiten öffentlichen Diskussion über ein Tribunal zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte 1991/92, der Öffnung der MfS-Archive Anfang 1992 und mit der ausufernden Debatte über den »Unrechtsstaat DDR« und über die Ergebnisse der Enquetekommission des Bundestages zur DDR-Geschichte. Hinzu kam eine spürbar stärker werdende Bewegung in der Gesellschaft der ostdeutschen Ländern, die sich gegen die sozialen Ungerechtigkeiten in der Folge des kolonialisierenden Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik wendete. In den Komitees für Gerechtigkeit, die sich im Sommer 1992 formierten, fand diese einen Insttutionalisierungsversuch.

Vor diesem Hintergrund wurde die vormals kritische Bewertung der untergegangenen DDR-Gesellschaft immer mehr relativiert. Eine offene und schonungslose Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte kollidierte mit dem Partei-Interesse an einer breiten ostdeutschen Sammlungsbewegung. Die Analyse des repressiven, zentralistischen, antidemokratischen Gesellschaftssystems wurde im PDS-Diskurs verdrängt durch die Verteidigung der »Legitimität des Versuchs«, die Bewahrung der positiven »Errungenschaften und Erfahrungen«, die Würdigung des »selbstlosen Einsatzes von Millionen« DDR-Bürgern für die Errichtung einer »sozialistischen Alternative« usw. usf. Der 1989/90 so dominante Stalinismus-Begriff kam nunmehr in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte kaum noch vor. Immer offener wurden statt dessen die anti-stalinistischen Positionen der Gründungsphase der PDS in Frage gestellt. Ein vermeintlicher eilfertiger »Gegen-Stalinismus« der Anfangszeit wurde nunmehr insbesondere aus der KPF und deren Umfeld als Zurückweichen vor dem antisozialistischen Druck der Wendezeit attackiert. Nicht nur die Volksbewegung des Herbstes 1989 wurde nunmehr als Konterrevolution denunziert, sondern auch die sogenannten »SED-Reformer«, eben noch Hoffnungsträger, als notorische Liquidatoren des Sozialismus »entlarvt«⁸. Einige am rechten Rand der PDS gingen gar noch weiter. So artikulierten K. Gossweiler, H.H. Holz oder S. Wagenknecht einen neostalinistischen Geschichtsrevisionismus, der die Anfänge des Niedergang des Sozialismus im Sieg des sich antistalinistisch

vom 9. Juli 1991). Siehe auch: den Reader zum 1. Strömungstreffen und die »Strömungsblättchen« Nr. 1 - 3 (in Nr. 3 Debatte zur Reaktionen in der PDS auf den Moskauer Putsch).

7 »Restaurativ« wird hier soziales und politisches Verhalten und Denken genannt, daß ganz traditionelle Rituale sozial abgestiegender, abgewickelter Herrschaftseliten wiederholt. »Restaurativ« wird aber auch ein Denken und Verhalten genannt, daß alte, stalinistische Denk- und Argumentationsmuster wiederaufleben läßt, wie den allgegenwärtigen Feind, der innere Einheit und Geschlossenheit erfordere, dem die Kritik der Kritiker nütze etc. Restauratives Denken reanimiert die Freund-Feind-Schematas des Kalten Krieges und die ideologischen Leerhülsen des ML, - quasi komplexentär zu den »kalten Kriegern« des konservativen bürgerlichen Lagers.

8 H. Müller: Zusammenbruch, Konterrevolution oder beides? ND vom 26./27. September 1992; vgl.: S. Wagenknecht: Marxismus und Opportunismus, Weißenseer Blätter 4/92, S.12ff.; K. Gossweiler: Der »moderne Revisionismus« und die Niederlage des Sozialismus - Eine Thesenreihe, ebenda, S. 46ff.; H. Müller: »Zusammenbruch« und/oder »Konterrevolution«? Ebenda S. 57ff. Siehe auch: R. Müller-Streisand: PDS-Parteitag zwischen antikommunistischen Leitungs-diktat und antiimperialistischen Partei und Wählerwillen. In: Weißenseer Blätter, 1/95, S. 40ff.

9 Vgl. S. Wagenknecht: Marxismus und Opportunismus, a.a.O.; dieselbe: Nach Gysi. In: konkret 1/93. H.H. Holz: Ein Brief zum Streit um den Antistalinismus und seine Überwindung, in: WBl. 1/95; derselbe: Niederlage und Zukunft des Sozialismus, Essen 1991; derselbe: Sozialismus in der DDR - mußte er scheitern? Was bleibt? In: DDR-Geschichte. Nostalgie oder Totalkritik. Reihe cotrovers, S. 34ff.

10 An den Dokumenten der Programmdebatte kann man diesen Wandel gut verfolgen. Vgl. Fragen- und Problemkomplexe zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms. Grundsatzkommission vom 28. November 1990; Diskussionspapier für die Erarbeitung des 1. Gesamtentwurfs des Programms der PDS. Grundsatzkommission vom 23. März 1992; 1. Programmentwurf, ND vom 1. Juni 1992; Alternativer Programmentwurf der KPF, ND - PDS-Spezial vom 9. Juni 1992; A. Brié: Für eine moderne sozialistische Programmatik, PD 19. Juni 1992; 2. Entwurf (Grundsatzkommission), ND vom 28. Dezember 1992, Programmdebatte.

11 Thesen des Sprecherates der Historischen Kommission, 9. Januar 1993, in: Materialien der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS. Vgl. auch am selben Ort: Gruppe Sozialistische Linke: »Die Geschichte ist das Weltgericht. - Wer richtet die Geschichte?« (Th. Barthel, Th. Klein, M. Nelken u.a.) sowie ebenda Erklärung der AG Junge GenossInnen in und bei der PDS »Zum Umgang mit unserer Geschichte«. Vgl. auch: Th. Klein, U. Wolf: Zur Frage der Verantwortung der PDS für die

gebärdenden Revisionismus und Opportunismus auf dem XX. Parteitag der KPdSU erblickte.⁹ So marginal diese Extrempositionen sein mögen, so war ihr offenes Hervortreten Ausdruck für eine Verschiebung im politisch-geistigen Klima in der PDS.

Auf die Programmdebatte des Jahres 1992 hatte diese tendenziell restaurative Wende nachhaltige Wirkung. Unter Stalinismus begreift das Programm letztlich nur noch Verbrechen und Terror in der Sowjetunion der Stalinära. Vom Stalinismus als System ist im Grunde nicht mehr die Rede. Hinsichtlich der Darstellung und Bewertung der DDR und ihrer Geschichte fand die Lesart des von der KPF eingebrachten Programmentwurfs letztlich Eingang in das Parteiprogramm: Da wird die Legitimität des Versuchs einer sozialistischen (?) Alternative (?), für den man sich nicht zu entschuldigen bräuchte, ebenso betont wie das ehrliche Engagement von Millionen aufrechter Bürger für den Aufbau einer gerechteren sozialistischen Ordnung und die positiven Erfahrungen und Errungenschaften.¹⁰

Diese und ähnliche Formulierungen im Programm wurden, obgleich 1992/93 die KPF die Annahme des Programms zu verhindern gesucht und wohl auch überwiegend gegen seine Annahme votiert hatte, in der Stalinismus-Debatte zur legitimen Rückzugslinie von KPF, Marxistischen Forum und anderen, die nun darauf pochten (und pochen), daß die Feststellungen des Programms zum gescheiterten sozialistischen Versuch in der DDR auf einige Zeit ausreichten, vernünftig und konsensfähig seien.

In den Thesen der Historischen Kommission zur 1. Tagung des 3. Parteitages wurde diese Situation Ende 1992 relativ realistisch skizziert. Diese Thesen waren bereits ein Zeichen einer neuen Etappe der Stalinismusdebatte in der PDS.¹¹

Dritte Etappe: Der Begriff kehrt zurück

Die dritte Etappe der Stalinismusdebatte begann im Vorfeld der 1. Tagung des 3. Parteitages, da sich die reformsozialistische Mehrheit des Parteizentrums offensichtlich nunmehr zur Gegenwehr gezwungen sah. Der Artikel von Sahra Wagenknecht »Marxismus und Opportunismus« in den Weißenseer Blättern war Auslöser oder Aufhänger der lange überfälligen Auseinandersetzung. André Brie titelte seine Replik offen mit der Frage »Also zurück zu Stalin?« Der Stalinismus kehrte in die innerparteiliche Debatte der PDS zurück. Zwar stand Sahra Wagenknecht und ihr Artikel im Zentrum der Auseinandersetzungen, aber für alle Beteiligten war wohl klar, daß es hier nicht nur um den Wagenknechtschen Artikel und die sehr außenseitige Position vom aufsteigenden Revisionismus von Chruschtschow bis Gorbatschow und schon gar nicht um eine Relativierung der Verbrechen der Stalin-Ära ging. Vielmehr war der Streit um den Charakter des realsozialistischen Systems in der DDR, um das ideologische Selbstverständnis der PDS und um ihre politische Orientierung wieder zum Begriff Stalinismus zurückgekehrt - vor allem deshalb wohl, weil sich die reformsozialistischen Kräfte in ihrer Bedrängnis der Schlüsselfunktion der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus für die politisch-geistige Konsolidierung einer demokratisch sozialistischen Reformpartei erinnerten.

Die 1. Tagung des 3. Parteitages zeigte, daß die Zugeständnisse an die ddr-nostalgische, konservative und bisweilen restaurative Grundstimmung in der Programmdebatte offensichtlich übertrieben gewesen waren. Zumindest unter den Delegierten hatte sie nur sehr wenige Anhänger. Wie es überhaupt ein bemerkenswertes Mißverhältnis gibt zwischen der eher kleinen Anhängerschaft des orthodoxen spät-stalinistischen Parteikommunismus in der PDS und der relativ großen Aufmerksamkeit, die ihnen geschenkt wird, und dem maßlosen Kraftaufwand, mit der sie bekämpft werden, andererseits. Das liegt vielleicht daran, daß hier »Verstand und Vernunft« der Partei mit dem eigenen Unterbewußtsein und der verunsicherten Psyche großer Teile der Mitgliedschaft im Streite liegen. Die KPF ist wohl der Ort, wo stalinistische Ideologie- und Politikmuster am konzentriertesten und am selbstbewußtesten zu Tage treten; aber sie waren und sind natürlich in der ganzen Partei präsent.

Der Wiederaufruf der Stalinismus-Debatte und die Betonung, daß Pluralismus nicht Beliebigkeit bedeute, stoppten ganz offensichtlich die konservativ-nostalgische Bewegung in der PDS, zumindest politisch, und drängten die Anti-Antistalinisten in eine Verteidigungsstellung - aus der sie nunmehr logischerweise die Verwendung des Begriff »Stalinismus« als Denunziation attackierten und auf den Pluralismus in der Partei pochten.

Bis zum Sommer 1993 fand die Stalinismusdebatte in Broschüren, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln sowie in Diskussionsrunden statt. Durch den im Herbst 1993 anlaufenden Bundestagswahlkampf wurde der schwelenden Stalinismusstreit jedoch nach der 2. Tagung des 3. Parteitages - offenbar einvernehmlich - gedeckelt. Aber im Herbst 1994 entzündete sich der Konflikt an Publikationen von K. Gossweiler und S. Wagenknecht aufs neue. Unmittelbar nach der für die PDS erfolgreichen Bundestagswahl spitzen die reformsozialistischen Kräfte in der durch den Wahlausgang erheblich gestärkten Parteiführung den Konflikt zu. Zunächst wurde in den 10 Thesen die antidemokratische Politik der SED wieder als stalinistisch gekennzeichnet und dann in den 5 Standpunkten »stalinistische« Auffassungen für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der PDS deklariert. Die Zurückweisung des poststalinistischen Geschichtsrevisionismus à la Gossweiler, Wagenknecht oder Holz, der zweifellos den öffentlichen politischen Handlungsspielraum der PDS beschädigte, war nur das eine Ziel dieser Zuspitzung. Das wichtigere Anliegen, so schien es, war die Festigung der politisch-programmatischen Hegemonie der reformsozialistischen »Realpolitik«. Dieser Versuch eines quasi »anti-stalinistischen Befreiungsschlages« mißlang allerdings beinahe. Nicht wegen eines konservativen, restaurativen Widerstandes, sondern wegen der handstreichmäßigen und erpresserischen Art und Weise, in der er vorgetragen wurde.

Die Idee, den Stalinismus per Parteitagsbeschluß aus der PDS auszugrenzen, hatte aber auch einen genetischen Defekt: »Wie soll es in einer Partei, die sich aus einer stalinistisch/poststalinistischen Partei herausgebildet hat, unter Ihren Mitgliedern keine stalinisti-

Geschichtsaufarbeitung, in »Geschichte - Ja aber...«, a.a.O. S. 30ff.

12 Änderungsantrag zum Initiativantrag Bisky, Gysi, Modrow, von M. Nelken u.a., in: Materialien der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS (27.-29. Januar 1995).

13 M. Benjamin, E. Brombacher, Th. Heckler, H. Karl, H. Mahron, S. Wagenknecht: Gemeinsame Persönliche Erklärung (Berlin, 19. Januar 1995).

schen Auffassungen geben? Sind die alle mit der Wende von 1989 gelöscht worden?«, so fragten Berliner Delegierte in einem Änderungsantrag zu jener Ausgrenzungspassage.¹² Sich vom Stalinismus befreien, heißt doch vielmehr stalinistischen Auffassungen in der politischen Praxis wie in der politischen Programmatik, in den Gesellschaftsauffassungen wie im Geschichtsverständnis keinen Raum einzuräumen, sie beständig zurückzuweisen und die Hegemonie eines demokratischen, pluralistischen, emanzipatorischen Sozialismus für Politik und Gesellschaftsreform in der PDS zu sichern. Für diesen Selbstaufklärungs- und Lernprozeß war die im Initiativantrag von Modrow, Gysi und Bisky gewählte Ausgrenzungsformel kontraproduktiv und trug nur dazu bei, die tatsächlichen Konfliktlinien zu verunklaren und die Blockaden in der Auseinandersetzung mit dem eigentlichen, dem systematischen Stalinismusproblem der PDS zu verfestigen.

Führende Repräsentanten der KPF hatten in einer gemeinsamen persönlichen Erklärung am Vorabend des Parteitages trotzig festgestellt, daß sie der Vorwurf »Stalinisten« nicht träfe, komme er doch von »Leuten, die der Dialektik abgeschworen haben« - während in ihrer »historischen« und »dialektischen« Geschichtssicht der »frühe Sozialismus« (d.i. der reale) die ungebremste Kapitalherrschaft auf diesem Planeten verhindert habe und so die Welt noch berechenbarer und reicher an Hoffnung gewesen sei. Mit der »Stalinismuskeule« als ideologischer Waffe wolle man die Linken in der PDS auf Systemkonformität trimmen.¹³ Auch hier erkennen wir die stalinistisch-dennunziatorische Argumentationsfigur von Opportunismus und Feindsteuerung einerseits und ideologischer Selbststilisierung andererseits.

Daß S. Wagenknecht trotz alledem ein respektables Ergebnis bei den Vorstandswahlen erzielen konnte, war die Quittung für den unsinnigen Ausgrenzungsvorstoß seitens Bisky, Gysi, Brie u.a. Nichtsdestoweniger wurde die KPF auf diesem Parteitag marginalisiert, wobei sie sich diese Marginalisierung selbst redlich erarbeitete - dadurch daß sich ihre Delegierten gegen das Adjektiv »demokratisch« vor »Kommunismus« wehrten, weil man sich nicht in »gute« und »schlechte« Kommunisten auseinanderdividieren lasse.

Die Marginalisierung und Selbstdemontage der KPF im Konflikt um die DDR-Geschichte und den Stalinismus mag einer der Gründe dafür sein, daß sich der konservativ-legitimierende Flügel der PDS eine neue Plattform suchte: das »Marxistische Forum - In großer Sorge«. Die anfänglich große Resonanz und die verunsicherten, unangebrachten Reaktionen des reformsozialistischen Zentrums signalisierten ein weiteres Mal, daß das Stalinismusproblem in der PDS eben kein »KPF-Problem« ist, sondern ein Problem tiefer politischer, ideologischer und auch sozialer Prägung, gegen die nicht Ausgrenzung, sondern nur Auseinandersetzung hilft.